

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens

Niedersächsischer Landkreistag — Postfach 890 146 — 30514 Hannover

7. Mai 2015

An die
Damen und Herren Abgeordneten
des Ausschusses für Umwelt, Energie und
Klimaschutz im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Durchwahl: (0511) 8 79 53 - 21
Aktenzeichen: 654-10/00 Blu/Da

heike.warbak@lt.niedersachsen.de

Antrag der Fraktion der CDU „Rohstoffgewinnung ist sinnvoller als der Salzpipelinebau zur Nordsee“ (LT-Drs. 17/1749)

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Möglichkeit, zum Antrag der Fraktion der CDU „Rohstoffgewinnung ist sinnvoller als der Salzpipelinebau zur Nordsee“ im Rahmen einer Anhörung vor dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz des Niedersächsischen Landtages Stellung nehmen zu können, bedanken wir uns.

Das Unternehmen K+S AG fördert Salz aus der Erde und stellt daraus im Wesentlichen Kalidünger für die Landwirtschaft her. Bei der Produktion fallen salzhaltige Rückstände an. Diese werden zum Teil auf Halden gelagert, teilweise werden sie als salzhaltige Abwässer in den Untergrund versenkt oder in die Werra eingeleitet. Das Unternehmen K+S AG hat die Erlaubnis, Salzabwasser in die Werra bis zu den Grenzwerten von 2.500 mg Chlorid und 90° Deutscher Härte einzuleiten oder in den Untergrund zu versenken.

Die Entsorgung der im Produktionsprozess der Firma K+S Kali GmbH anfallenden Rückstände, insbesondere die Verpressung in den Untergrund, die Abwasseraufbereitung vor Ort, die Verbringung auf eine Halde, der Bau einer Pipeline zur Nordsee sowie eine Einleitung über die Weser und Werra, wird aufgrund der damit für die Umwelt verbundenen Folgen seit Jahren kontrovers diskutiert.

Aufgrund der sehr kurzen Stellungnahmefrist war uns eine Beteiligung unserer Mitglieder und eine Beratung des Antrages in unseren Gremien leider nicht möglich. Daher erlauben wir uns, unsere schriftliche Stellungnahme auf einige grundsätzliche Anmerkungen zu beschränken.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens erwartet bei der Lösung des Entsorgungsproblems der Firma K+S Kali GmbH die Umsetzung sämtlicher erforderlicher Maßnahmen, damit den Bestimmungen und Zielen des Umweltrechts, und dabei insbesondere der Wasserrahmenrichtlinie mit dem dort verankerten Verschlechterungsverbot sowie dem Bodenschutzrecht, unter Einsatz der besten verfügbaren Techniken nachhaltig Rechnung getragen wird.

Ferner erwarten wir eine transparente, zeitnahe Umsetzung dieser Maßnahmen durch die Firma K+S Kali GmbH sowie eine rechtzeitige Beteiligung sämtlicher betroffener Kommunen.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Arbeitsgemeinschaft
In Vertretung



Dr. Joachim Schwind